

SOVD-BERATUNG

Offene Telefonberatung am 10. Juli

Der SoVD in Braunschweig veranstaltet am Mittwoch, 10. Juli, von 10 bis 11.30 Uhr wieder eine offene Telefonberatung.

Dann werden alle Fragen des Sozialrechts beantwortet – etwa rund um die gesetzliche Renten-, Pflege- und Krankenversicherung oder zum Schwerbehindertenrecht, Bürgergeld oder Wohngeld. Interessierte können sich kostenlos unter der Telefonnummer 0531 2 444 192 informieren. Am Telefon wird Kai Bursie, Experte im Sozialrecht und Regionalleiter des SoVD, die Ratsuchenden beraten. Im Anschluss können auch persönliche Gespräche oder weiterführende Telefonate vereinbart werden.

Anonym werden besonders interessante Gespräche am Freitag, 2. August, von 14 bis 15 Uhr in der Radiosendung „SoVD-Regional“ auf Okerwelle 104,6 – per Livestream und App – ausgestrahlt. So können sich auch weitere Interessierte informieren.

SoVD-Kreisverband Diepholz veranstaltet Podiumsdiskussion und bringt Akteur*innen zusammen

„Mehr ÖPNV für mehr Teilhabe“

Barrierefreiheit und Teilhabe sind den SoVD-Engagierten im Kreisverband Diepholz besonders wichtige Anliegen. Ihr Engagement zeigte sich etwa mit der Eröffnung der Veranstaltungsreihe „Teilhabe und Barrierefreiheit“, die der SoVD gemeinsam mit Landkreis, der Volkshochschule und dem Kreisbehindertenrat ausrichtete. Nun folgte eine vom SoVD veranstaltete Podiumsdiskussion in Sulingen, die sich mit der Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und mit Maßnahmen für mehr Teilhabe auseinandersetzte. Verschiedene Akteur*innen und Betroffene nahmen daran teil und tauschten die jeweiligen Probleme vor Ort und Lösungsansätze aus.

Einer der Gäste der Diskussionsveranstaltung war Marc Boda, Beschäftigter der Delme-Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. Er schilderte, dass etwa Taxi-Fahrten zu Kultur- oder Politikveranstaltungen für beeinträchtigte Grundsicherungsempfänger auf Dauer nicht finanzierbar seien. Fehlende Mobilität erschwere nicht nur Menschen mit Beeinträchtigungen eine Teilhabe, sondern zunehmend auch Senior*innen, verdeutlichte zudem Wiebke Wall, Sprecherin der Sozialpolitischen Ausschusses des SoVD in Diepholz. Die Lage Sulingens als Knotenpunkt von drei landesbedeutenden Buslinien sei zwar traumhaft. „Tatsächlich fehlt es am innerörtlichen Personennahverkehr – und damit an den Zubringern zu den Landesbuslinien.“

Ortwin Stieglitz aus Varrel gilt als einer der Botschafter des Anruf-Sammel-Taxis in der 7.500 Einwohner*innen zählenden Samtgemeinde Kirchdorf. Aktu-

ell registrierte man 3.300 Fahrten im Jahr. „Für den Haushalt für das Jahr 2023 war ein Aufwand von um die 60.000 Euro ausgewiesen. Bei einem Gesamthaushaltsvolumen von zwölf Millionen Euro sollte das machbar sein.“ Und: „Mit Blick auf die Daseinsvorsorge war die Einführung eine gute Entscheidung, die zwischenzeitlich von anderen Samtgemeinden übernommen wurde.“

Kreisrätin Britta Korfage stellte das Förderprogramm vor, über das der Landkreis den einzelnen Einheits- und Samtgemeinden seit dem Jahr 2021 und aktuell noch bis in das Jahr 2026 jeweils 50.000 Euro im Jahr zur Verfügung stellt.

Stefan Bendrien vom ZVBN ging auf den On-Demand-Verkehr ein, „der aktuell aufgrund digitaler Weiterentwicklungen eine Renaissance erlebt.“ Anruf-Sammel-Taxi-Systeme seien per se nicht gut oder schlecht. „Am Ende kommt es auf die Nachfrage an“, so Bendrien. Jörg Schneider, Sprecher des Bundesfachaus-



Foto: Carsten Schlotmann

Marc Broda, Bewohner des Inklusiven Wohnens der Lebenshilfe Grafschaft Diepholz, fand in Jörg Schneider, Britta Korfage, Stefan Bendrien, Ortwin Stieglitz und Wiebke Wall (v.l.) interessierte Zuhörende. Rechts im Bild: Moderator Bruno Hartwig.

schusses Verkehr des NABU und Mitbegründer von „moobil“ in den Landkreisen Vechta und Cloppenburg empfiehlt den Kommunen des Landkreises, sich verstärkt den Fragen der innerörtlichen Erschließung zu widmen. Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen, würdigte in seinem Schlusswort das Engagement und resümierte: „Eine Lösung durften wir heute nicht erwarten; aber die Fortschreibung

eines Prozesses. Wichtig ist, die Akteure an einen Tisch zu bringen.“ Unter anderem verfolgten der Bundestagsabgeordnete Axel Knoerig, Sulingens Bürgermeister Patrick Bade sowie mit Ulrike Tammen und Volker Meyer Kandidat*innen zur Wahl des Landrats des Landkreises Diepholz die Diskussion.

Weitere Informationen zu Aktivitäten des SoVD-Kreisverbands Diepholz sind unter www.sovd-diepholz.de abrufbar.

Häusliche Pflege: Rentenversicherung rechnet Pflegezeiten als Beitragszeiten an

Pflegepersonen können Rente aufbessern

Wird ein Familienmitglied zum Pflegefall, übernehmen meist Angehörige die häusliche Pflege. Unter bestimmten Voraussetzungen zahlt die Pflegekasse dann auf das Rentenkonto der pflegenden Angehörigen, oder auch der ehrenamtlich Pflegenden wie zum Beispiel Bekannten, ein.

Kümmern sich Angehörige oder andere ehrenamtliche Pflegepersonen um eine*n Pflegebedürftige*n, zahlt die Pflegekasse unter Umständen auf deren Rentenkonto ein. So können beispielsweise für diese häusliche Pflegetätigkeit verringerte Arbeitszeiten ausgeglichen werden. „Die Rentenversicherung zahlt die Pflegezeiten als Beitragszeiten, sodass sie dabei helfen, Wartezeiten für die Rente zu erfüllen“, informiert Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen. Aber auch wer schon eine vorgezogene oder die Regelaltersrente bezieht, kann seine*ihre Bezüge weiter erhöhen. Für Erstere gilt: Die Zeit bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze ist rentenversicherungspflichtig, daher zahlt die Pflegekasse währenddessen Rentenbeiträge ein. Nach Erreichen der Altersgrenze müssen Betroffene auf die volle Altersrente verzichten, um zu profitieren – etwa durch eine 99,9-Prozent-Teilrente. „Eine



Foto: Pikel / iStock

Viele Menschen in Deutschland unterstützen ihre pflegebedürftigen Angehörigen zu Hause.

Rückkehr zur vollen Rente ist jederzeit problemlos möglich“, weiß Lorenz.

Als Anspruchsvoraussetzung muss bei der pflegebedürftigen Person mindestens der Pflegegrad 2 vorliegen. Außerdem muss die Pflegetätigkeit mindestens zehn Stunden pro Woche umfassen und auf mindestens zwei Tage in der Woche im Jahr verteilt sein. „Berufstätige dürfen maximal 30 Stunden pro Woche einem Job nachgehen“, erklärt Lorenz. Wie sich die Bei-

tragszahlungen der Pflegekasse dabei auf die Rente auswirken, hängt individuell von der bezogenen Leistung und dem Pflegegrad ab. „Für 2024 ergibt ein Jahr Pflege eine monatliche Rente von zwischen 6,69 Euro und 35,51 Euro“, so Lorenz.

Die Berater*innen des SoVD sind bei weiteren Fragen zum Thema Rente sowie Antragstellungen gerne behilflich. Über das Mitglieder-Service-Telefon unter 0511 65610722 können Beratungstermine vereinbart werden.

Neue Podcast-Folge – jetzt reinhören

So klappt es mit dem Therapieplatz

Wer psychische Probleme hat, steht vor einem großen Problem: Es gibt viel zu wenig Behandlungsplätze. 40 Prozent der Betroffenen warten drei bis neun Monate auf eine Therapie. Oft hat das dramatische Folgen. Was genau passieren kann und welche Auswirkungen das hat, erzählen wir in unserem aktuellen Fall. Darin erläutern wir auch, unter welchen Umständen Krankenkassen die Kosten für eine Privattherapie übernehmen.

Tina Lindemann vom Projekt „Orientierungshilfe und

Beratung Online in seelischen Belastungssituationen“ (OBEON), ist für viele Betroffene Retterin in der Not. Zusammen mit ihrem breit aufgestellten Team steht sie Menschen in seelischen Belastungssituationen, mit psychischen Erkrankungen sowie deren Angehörigen mit Rat und Tat zur Seite.

Mit ihr sprechen die Moderatorinnen Katharina Lorenz und Stefanie Jäkel nicht nur über die Unterstützung, sondern auch über den Ablauf einer Beratung.



Foto: Martin Bargiel / Layout: Steeeg GmbH

Einmal im Monat gibt es eine neue Folge auf www.sovd-nds.de/podcast und auf allen gängigen Podcast-Plattformen.